Zeitschrift: Saiten: Ostschweizer Kulturmagazin

Herausgeber: Verein Saiten

Band: 28 (2021)

Heft: 317

Rubrik: Perspektiven

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Perspektiven

Gebrochene Flügel: Flaschenpost aus Lesbos, ein Jahr nach dem Brand in Moria, wo die Menschen auch im neuen Camp unter unwürdigen Umständen leben. Von Arno Tanner Für eine Schweiz, die stolz ist auf ihren Migrationsvorsprung: Das *Handbuch Neue Schweiz* und das Interview mit INES-Co-Präsidentin Tatiana Cardoso. Von Corinne Riedener Wie die Rüstungs- und Militärindustrie die Klimakrise anheizt und was Frontex damit zu tun hat: Die Aktivist:innen Nadia Kuhn und Jonas Kampus im Interview. Von Corinne Riedener

40

42

45

Saiten 12/2021 39 Perspektiven

VÖGEL MIT





In der Nacht auf den 9. September 2020 brannte das Lager Moria auf der Ägäis-Insel Lesbos komplett nieder. Zehntausende Menschen auf der Flucht verloren dadurch alles, was sie noch hatten. Nun, etwas mehr als ein Jahr nach der Katastrophe, befinde ich mich auf Lesbos und arbeite für drei Monate im Community Center von One Happy Family.

Das neue Camp, umgangssprachlich Moria 2 genannt, wurde von der EU als «temporäre» Lösung errichtet. Ein Jahr nach dem Brand leben aber weiterhin mehrere tausend schutzbedürftige Menschen im Camp – unter Bedingungen, die für das ach so humanitäre Gedankengut Europas nicht menschenwürdig sind.

In Mytilini habe ich Fabian Bracher, Vorstandsmitglied bei One Happy Family, für ein Interview getroffen und mit ihm über die aktuelle Lage und die Veränderungen im letzten Jahr gesprochen.

Als erstes kurz zu dir als Person. Wer bist du, was machst du auf Lesbos und wie lange bist du schon auf der Insel aktiv?

Fabian Bracher: Ich begann in der Schweiz als Bankangestellter in der Kundenberatung, studierte dann Soziale Arbeit und habe mich auf Soziokulturelle Animation festgelegt. Dadurch habe ich viel mit unbegleiteten Minderjährigen gearbeitet und auch in Zentren für abgewiesene Asylsuchende in der Schweiz. 2015 war ich das erste Mal auf Lesbos. Zu einer Zeit, in der täglich hunderte von Booten mit Menschen auf der Flucht ankamen, die nach wenigen Tagen bereits weiter Richtung Festland und Balkanroute reisen konnten. 2016 war ich eineinhalb Monate in Thessaloniki, und 2017 kam ich für ein Jahr zurück nach Lesbos. In diesem Jahr haben wir gemeinsam das Community Center von One Happy Family aufgebaut. Seither komme ich regelmässig zurück nach Lesbos und bin nun auch bereits wieder seit einem Jahr und einem Monat hier.

Wie erinnerst du dich zurück an den Brand in Moria?

Ich war in der Schweiz. Im Frühling 2020 haben wir die Kampagne «Evakuieren jetzt!» gestartet, damals war die Kampagne gerade etwas am Auslaufen. Der Brand im Camp Moria war für uns alle und auch für unsere Mitarbeiter:innen im Community Center ein riesiger Schock. Leider war uns bewusst, dass diese Gefahr schon seit Langem bestand. Im Lager lebten 20'000 Menschen bei einer Kapazität für 3500 Menschen. Das Camp war also massiv überfüllt und es gab keine Präventionsmassnahmen für genau solche Fälle. Als dann die Pandemie dazukam, löste dies bei vielen Menschen im Camp grosse Angst aus, da sie keinen Zugang zu Schutzmassnahmen oder Hygienestandards hatten. Anstelle einer Evakuierung der Menschen in den Lagern auf die vier griechischen Inseln hat man die Menschen bewusst der Gefahr ausgesetzt.

Was danach passierte, ist noch fast schlimmer. Man hat die Menschen, die im Feuer alles verloren, was sie noch hatten, zwei Wochen auf der Strasse ausharren lassen, statt als Europäische Union einen Schritt auf sie zuzugehen, zu helfen – und vor allem: auch ihnen Zugang zum europäischen Asylsystem zu gewähren. Die Menschen hatten keinen Zugang zu irgendwelcher Unterstützung, oft auch keinen Zugang zu Essen oder Wasser. Humanitäre Organisationen, die Hilfe leisten wollten, wurden durch die Polizei blockiert, und die Menschen wurden in einer Zone durch Militär und Polizei eingekesselt.

Unser Community Center war durch Corona und die Auswirkungen des Brandanschlags auf unser Center im Frühling 2020 zu dieser Zeit geschlossen. Das Team rund um unsere Volunteers, die zu dieser Zeit hier waren, hat trotzdem versucht, so gut wie möglich Unterstützung zu leisten.

Wie hat sich die Situation seither verändert?

Diese Frage ist immer schwer zu beantworten als Person, die nicht im Camp lebt. Was ich aber immer wieder von den Betroffenen höre, ist, dass im neuen Camp die Bewegungsfreiheit der Menschen noch viel stärker eingeschränkt ist als im alten Moria. Grösstenteils sind die Menschen eingesperrt und dürfen das Camp nur ein- bis zweimal die Woche für vier Stunden verlassen. Bis in die Stadt ist es ein Fussmarsch von 40 bis 60 Minuten, je nach Gesundheit. In der Nacht, am Wochenende und an Feiertagen ist das Camp geschlossen. Es hat massiv viel mehr Polizeipräsenz, die Menschen fühlen sich beobachtet und wie Kriminelle behandelt, Moria 2 fühle sich an wie ein Open-Air-Gefängnis, sagen sie. Es ist umgeben von Mauern und Stacheldraht, Ein- und Ausgänge werden ständig bewacht, die Menschen werden kontrolliert - was auch einen massiven Einfluss auf die psychische Gesundheit der Menschen hat.

Hat sich auch etwas verbessert?

Die grundsätzlichen Lebensbedingungen sind im Vergleich zum alten Camp etwas besser geworden. Die Menschen leben zwar weiterhin in Zelten, Containern und Grossraumzelten mit Platz für 150 Personen, doch im Vergleich zum alten Moria ist der Schutz vor Witterung und Wetter ein bisschen besser. Das ändert aber nichts daran, dass die Menschen weiterhin eingesperrt sind und unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen.

Die Zahl der Menschen auf den Inseln sinkt zurzeit stetig. Grund dafür sind die vermehrten illegalen Pushbacks der Grenzschutzorganisationen und die Tatsache, dass viele Menschen im Camp ihre Papiere zur Weiterreise bekommen. Trotzdem ist ein neues Hochsicherheitscamp, wie jenes auf der Insel Samos, in Planung. Weshalb?

GEBROCHENEN

FLÜGELN





Ganz plakativ gesagt: Weil die EU das Geld gesprochen hat, um dieses neue Camp zu bauen. Das passt gut in den Plan der griechischen Regierung, denn sie will die sichtbare Situation der Camps vor den Tourist:innen und Einheimischen verstecken. Man möchte das neue Camp mitten auf der Insel bauen, weit weg von einer Stadt oder Einkaufsmöglichkeiten. Somit werden die Situation und auch die ganzen Menschenrechtsverletzungen versteckt und der Zugang für solidarische und humanitäre Organisationen eingeschränkt. Projekte ausserhalb der Camp-Strukturen hätten somit grosse Probleme, und die Organisationen im Innern des neuen Camps wären noch mehr unter behördlicher Beobachtung, als das bisher bereits der Fall ist. Die kritische humanitäre Arbeit wäre somit fast unmöglich. Wenn Organisationen mit Zutritt zum Camp sich kritisch äussern, kann ihnen einfach der Zugang verweigert werden.

Wenn du die Chance hättest, etwas strukturell an der Situation zu ändern: Was wäre das und weshalb?

Die Aufhebung des Dublin-Abkommens, die Einführung des Botschaftsasyls und eine massive Aufstockung des Resettlement-Programms. Das Problem ist aber auch ein strukturelles, nicht nur ein migrationspolitisches: Durch die Ungleichheit und die Ausbeutung in unserer Welt schaffen die wirtschaftlich privilegierten Länder mit ihrem Drang nach Profit und Macht grosse Ungleichheiten, die letztlich Auslöser für Krieg, Armut und Flucht sind. In unserer Welt muss sich strukturell etwas ändern.

Durch die Pandemie gerät die Situation für Menschen auf der Flucht immer mehr in Vergessenheit, viele verschliessen ihre Augen vor den Problemen ausserhalb ihrer Komfortzone. Was würdest du dir von Menschen in privilegierten Ländern wünschen? Ein Bewusstsein dafür, wie dramatisch die politische Situation, aber auch die Situation für Geflüchtete ist. Wenn man es von aussen betrachtet, leben wir in einer faschistischen Utopie. Vor 20 Jahren hätte sich niemand vorstellen können, dass die Grenzen Europas so masausgebaut werden. Dass es Abkommen mit Drittstaaten ausserhalb der EU gibt, die den Grenzschutz für uns übernehmen und die wir schlussendlich dafür bezahlen, Menschenrechtsverletzungen zu begehen, um andere davon abzuhalten, nach Europa zu flüchten. Wir leben in einer Zeit, in der Menschen im Mittelmeer ertrinken, nur weil sich die Behörden weigern, diese Menschen zu retten. Gleichzeitig werden solidarische und humanitäre Menschen für ihre Hilfe und für das Retten von Menschenleben kriminalisiert und vor Gericht gestellt, weil sie die Aufgaben übernehmen, die eigentlich den europäischen Staaten zufallen. Wenn man sich dieser Situation bewusst wird, merkt man, dass hier massiv mehr gemacht werden muss, als nur Geld zu spenden und kleine Hilfsleistungen zu stellen. Es benötigt strukturelle Änderungen, damit wir diese Situation verbessern können.

Stichwort Finanzen: Was sagst du zum kürzlichen Nationalratsentscheid, Frontex mit dreimal mehr finanziellen Mitteln als bisher zu unterstützen? Neu wurden 61 Millionen Franken jährlich bis 2027 budgetiert.

Wir müssen sofort aufhören, Frontex zu finanzieren! Es kann doch nicht sein, dass wir eine Organisation, die in den letzten Jahren einfach ohne Kontrolle arbeiten konnte, so massiv unterstützen. Frontex kann Deals aushandeln mit anderen Staaten und Behörden und Operationen an den Grenzen durchführen, über die schlussendlich niemand mehr eine Übersicht hat. Es gibt etliche dokumentierte Menschenrechtsverletzungen durch Gewalt und Pushbacks.

Frontex hätte dies untersuchen sollen und es ist einfach nichts passiert. Noch schlimmer: Man weiss davon und lässt es einfach weiterlaufen. Statt zu sagen: Okay, wir ziehen daraus jetzt unsere Konsequenzen und gehen diesen Anschuldigungen nach. Dies zeigt, wie unfähig und wie stark ausser Kontrolle diese Agentur ist. Da als Schweiz mehr Geld zu investieren, ist eindeutig der falsche Weg. Wir müssen ein klares Zeichen setzen, aus der Schweiz und aus allen anderen Ländern, dass es so nicht weitergehen kann!

Die Situation auf den griechischen Inseln ist also weiterhin prekär. In diesem Jahr wurden bis Ende Oktober in der Ägäis bereits 465 Pushbacks dokumentiert. 88 davon allein im Oktober. Menschen werden teilweise sogar nach ihrer Ankunft auf den Inseln von den Grenzschutzbehörden verhaftet, kontrolliert und danach wieder zurück aufs Meer gebracht. Diese Menschenrechtsverletzungen müssen sofort gestoppt werden.

Ein griechischer Gesetzesartikel untersagt es, die Lebensbedingungen innerhalb der Camps zu dokumentieren und nach aussen zu tragen. Darum habe ich – zur Sicherheit meiner Bekannten im Camp – auf ein Interview mit einer Person auf der Flucht verzichtet. Das Interesse wäre zwar da gewesen, doch die Angst vor Repression genauso.

Ein Freund, der im Camp lebt, erzählte mir kurz nach meiner Ankunft auf Lesbos seine Geschichte. Er sagte ganz klar: «Wir leben hier eingesperrt wie Tiere. Viele Menschen im Camp haben Talente und Begabungen, die unserer Gesellschaft nützen könnten. Stattdessen leben wir hier wie Vögel mit gebrochenen Flügeln und warten darauf, dass wir endlich unser neues, sicheres Leben beginnen können ...»

Arno Tanner, 1995, ist pädagogischer Mitarbeiter an der HPS Flawil und arbeitet seit Anfang Oktober und noch bis Mitte Dezember im Community Center von One Happy Family auf Lesbos.

Bilder: ReFocus MediaLabs

«IN DER SCHWEIZ MUSS MAN BABY STEPS MACHEN»

Tatiana Cardoso ist Co-Präsidentin des Instituts Neue Schweiz (INES). Im Interview erklärt sie, warum es die «alte Schweiz» schon längst nicht mehr gibt, wie es war, in der Meitle-Flade als «fremd» abgestempelt zu werden, und warum die Einbürgerung nicht reicht, um in dieser Gesellschaft nicht diskriminiert zu werden. Interview: Corinne Riedener, Bild: Jurek Edel



Saiten: Was ist gemeint mit der «Neuen Schweiz»?

Tatiana Cardoso: Das Selbstbild. Die «Alte Schweiz», wie sie gerne reproduziert wird, gibt es schon lange nicht mehr. Unsere Gesellschaft ist längst von Migration geprägt. Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen und mit Mehrfachzugehörigkeit sind fester Bestandteil des Schweizer Alltags und prägen ihn seit Jahrzehnten, aber sie werden noch zu wenig anerkannt und wertgeschätzt. Die Neue Schweiz steht für Vielfalt und Teilhabe und für ein neues Selbstbewusstsein. Unser Ziel ist, dass alle, die hier sind und noch kommen werden, die Schweiz ohne Benachteiligung mitgestalten können. Nicht nur in Bezug auf Migration, sondern auf das ganze Spektrum der Diversität und gesellschaftlicher Themen.

INES hat sich 2021 neu organisiert und aufgestellt, im November ist das *Handbuch Neue Schweiz* erschienen. Was sind die weiteren Pläne?

Bis anhin verhielt sich INES noch eher ruhig, jetzt wollen wir lauter werden. Indem wir Räume für Debatten schaffen und einen vielstimmigen, lösungsorientierten und visionären Gemeinsinn mitentwickeln. Unser Buch gibt einen interessanten Einblick in dieses Multiperspektivische, das uns wichtig ist. Aber wir werden gesellschaftliche Missstände auch klar benennen und unsere Forderungen in die Öffentlichkeit tragen. Unter anderem arbeiten wir zusammen mit der «Aktion Vierviertel» an der Initiative für ein Grundrecht auf Einbürgerung. Unser Ziel ist, dass alle in diesem Land gleichbehandelt werden.

Vollumfängliche Bürger:innenrechte: Hat eine solche Initiative überhaupt Chancen in einem Land, das den Ausländer:innen nicht einmal politische Teilhabe gewähren will auf nationaler Ebene?

Ich bin optimistisch. Historisch gesehen brauchten viele Entwicklungen eine gewisse Vorlaufzeit und mehrere Anläufe, siehe Frauenstimmrecht oder jüngst die Ehe für alle. Und es gibt ja bereits einzelne Gemeinden und Kantone, die ein Ausländerstimm- und Wahlrecht kennen. Aber ja, in der Schweiz muss man «Baby Steps» machen, sich langsam annähern und die Komfortzone Schritt für Schritt ausweiten. Mein Eindruck ist, dass viele Schweizerinnen und Schweizer Angst haben, dass «ihr» Land komplett umgekrempelt wird, sobald wir

Ausländerinnen und Ausländer auch mitbestimmen dürfen. Das ist ein Stück weit normal, fast alle Menschen haben Angst vor Neuem und Unbekanntem. Trotzdem glaube ich, dass die Zeit jetzt gekommen ist, denn wir Ausländerinnen und Ausländer beeinflussen und formen den Schweizer Alltag und die Kultur schon jetzt enorm – und das ist vielen auch bewusst.

Auch in den Nachbarländern laufen Debatten darüber, wer dazugehört und wer wie teilhaben darf. Hinkt die Schweiz dem internationalen Diskurs hinterher?

Absolut! Nur schon die Einbürgerungshürden sind in allen anderen europäischen Ländern massiv tiefer. Deutschland, Frankreich oder Spanien beispielsweise haben ein Ius soli, sprich wer dort geboren wird, erhält automatisch das Bürgerrecht.

«Bürger:innenschaft» – das ist auch eine Haltungsfrage.

Ein komplexes Feld, ja. Ich schreibe gerade meine Masterarbeit zu diesem Thema. Begriffe wie «Volk», «Nation», «Staat» oder «Bürger» sind stark historisch geprägt und haben sich über die Zeit gewandelt. In der Schweiz beispielsweise waren mit «Bürgern» bis vor 50 Jahren nur die Männer gemeint, noch früher nur Männer über 20. Und der Begriff ist weiter im Wandel. Die relevante Frage für mich ist aber vielmehr: Bin ich nur ein Teil dieser Gesellschaft, wenn ich dieses rote Büchlein habe? Macht das wirklich den Unterschied oder ist es der Habitus? Schweizerin kann ich auch ohne dieses Papier sein – nur habe ich bis jetzt nicht die gleichen Rechte.

Und aus kultureller Sicht? Warum gewöhnen sich manche Schweizer:innen nur schwer an die Realität und hocken in einem überholten Selbstverständnis fest?

Die uns ureigene Angst vor Veränderung spielt sicher eine grosse Rolle. Hinzu kommt eine historische und soziale Prägung. Die Schweiz gab sich immer sehr neutral und suchte stets eigene Wege, auch in der Gesellschaft wird Individualismus grossgeschrieben. Diese tief verankerte Exklusivität will man beibehalten. In Frankreich kommt man auf die Welt und es heisst: «Hier, nimm den Pass.» In der Schweiz ist das völlig anders. Eidgenosse oder Eidgenossin sein können nicht alle. Das wäre ja langweilig und man würde sich nicht mehr von den anderen unterscheiden. Hinzu kommt die Geschichte des Rassismus, von der die Schweiz ebenso Teil ist.

Ängste mögen ein natürlicher Reflex sein, aber sie werden auch geschürt. Was trägt – bei aller Wertschätzung – die direkte Demokratie dazu bei? Anders als in anderen Ländern wird hier alle Jahre wieder über irgendeine «Ausländervorlage» abgestimmt. Diese Abstimmungskämpfe vergiften den Diskurs.

PR-technisch wird das natürlich ausgenutzt - von allen Parteien, egal ob Pro oder Contra. Aber ja, mit Angst und Propaganda kann man unheimlich viel auslösen in den Menschen, das hat auch die Pandemie wieder gezeigt. Das ist das eine Problem. Das andere ist, dass bei diesen Abstimmungen die Stimmberechtigten über jene bestimmen, die es betrifft, aber selber nicht abstimmen dürfen. Wie beim Frauenstimmrecht damals: Eine exklusive Gruppe entscheidet, ob andere die gleichen Rechte haben dürfen. Das ist skurril und paradox. Ich bin zwar ein grosser Fan der direkten Demokratie, aber sie hat auch Nachteile. Vor allem, wenn man bedenkt, wie tief die Stimmbeteiligung teilweise ist. Dann bestimmen 20 oder 30 Prozent der Bevölkerung über alle.

Ist es naiv, zu hoffen, dass sich die Angst vor dem «Fremden» auswächst? Die jungen Generationen wachsen ja mitten in der Neuen Schweiz auf, für sie ist sie Alltag. Auch wir sind anders gross geworden als unsere Eltern.

Das Schöne ist, dass junge Leute relativ unvoreingenommen aufwachsen. Für sie ist die diverse Gesellschaft normal. Aber sie machen sich auch gar nicht gross Gedanken. Viele sind sich nicht bewusst, was es heisst, dass ihre Gspänli vielleicht nicht abstimmen dürfen oder keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben. Ich habe das selbst erlebt: Während meiner Primarschulzeit im Schulhaus Feldli gab es nur vier Schweizer Kinder in unserer Klasse und das hat niemanden gestört. Das Lachen-Quartier ist sehr multikulturell geprägt. Dann kam ich in die Meitle-Flade und es war genau umgekehrt. Ich war eine von vier Ausländerinnen. Das ist schon eine andere Realität. Erst da habe ich gelernt, was es heisst, «anders» zu sein. Was es heisst, wenn einem der Lehrer sagt, dass «Ausländerinnen nicht in die Kanti gehören» und er darum keine Empfehlung ausspricht.

Fehlt den «Bio-Schweizer:innen» diese Perspektive?

Vielfach, ja. Die Leute bewegen sich zu sehr in der Konformität des Alltags. Wer nicht weiss, was es heisst, als «fremd» bezeichnet und behandelt zu werden, kennt diese Realität auch nicht. Es sieht ja auch alles super aus: Man trinkt Espresso mit dem Nachbarn, holt Döner beim Türken, isst Momos beim Tibeter und versteht sich blendend. Gleichzeitig wird Diskriminierung in sämtlichen Bereichen des Lebens zu wenig wahrgenommen und stillschweigend akzeptiert. Dieser scheinbare Widerspruch ist Teil der postmigrantischen Realität. Viele sind sich gar nicht bewusst, dass der «falsche» Pass, die Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit Konsequenzen im Alltag mit sich bringen. Oder sie sagen: «Dann lass dich doch einbürgern!», vergessen aber, wie hoch die Hürden dafür sind. Kommt hinzu, dass der Pass auch nicht vor Rassismus schützt. Da gibt es noch einige Bildungslücken.

Die Abstimmungen zeigen es regelmässig: Der Stadt-Land-Graben ist real. Wie überbrückt man diesen?

> Ein konkretes Rezept habe ich nicht. Mir hilft es, hoffnungsvoll und utopisch im Denken zu bleiben. Reden hilft sicherlich: hartnäckig aufzeigen, erklären,

aufklären. Und vor allem: Räume schaffen, in denen Menschen mit Migrationsgeschichte ihre Erfahrungen zu teilen bereit sind. Auch in ländlichen Gegenden findet man überall Belege für die Einwanderungsgesellschaft, in der wir leben. Anhand derer kann man aufzeigen, dass die kulturelle Vielfalt eine Bereicherung ist. Leider ist das Thema Migration allzu oft noch negativ behaftet, gerade in der Berichterstattung: Macht ein Doppelbürger etwas gut, ist er Schweizer, macht er etwas schlecht, ist er Ausländer. Dieses Stigma müssen wir brechen - und da hilft nur Aufklärung. Hinzu kommt die Herausforderung, dass wir auch in der Lage sein müssen, über die herausfordernden Seiten der Migration kritisch zu diskutieren. Diese vielfältig-ambivalente Herangehensweise möchten wir im Rahmen unserer «Tour de Nouvelle Suisse» verfolgen. Da gehen wir nicht nur in Städte, sondern auch in Landregionen.

Die ländlichen Regionen, zu denen auch unsere gehört, brauchen noch etwas «Nachhilfe». Was kann das Ostschweizer Kollektiv «Ostwind mit Migrationsvorsprung», in dem du ebenfalls aktiv bist, dazu beitragen?

Wir versuchen Präsenz zu zeigen auf positive Art und Weise. Unsere Veranstaltungen in Rorschach, Wil oder anderen Orten haben oft auch eine humoristische Komponente, das öffnet Türen und hilft bei der Aufklärung. Alle können wir damit nicht erreichen, aber wenn damit nur schon eine Person zum Umdenken bewogen wird, ist das bereits ein Erfolg. Abgesehen davon gilt: beharrlich bleiben und sich nicht entmutigen lassen.

Aufklären und vermitteln: Oft wird es als selbstverständlich angesehen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte diesen kommunikativen Aufwand betreiben. Wie gehst du mit dieser Erwartungshaltung um?

> Es wird gar nicht immer erwartet, zumindest nicht von mir. Ich höre eher Sätze wie: «Was? Du bist gar nicht Schweizerin? Aber du bist doch hier geboren! Du sprichst doch so gut Deutsch!» Für viele Schweizerinnen und Schweizer ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir hier mit ihnen leben. Stutzig werden sie wie gesagt erst, wenn ich erkläre, dass ich meine Chance auf Einbürgerung sofort verspielt hätte, wenn ich beispielsweise zu schnell fahren und deswegen eine Vorstrafe kassieren würde. Allerdings sage ich das auch aus einer sehr privilegierten Situation heraus. Geflüchteten oder Sans-Papiers wird nochmals

anders begegnet als mir, da ist die Erwartungshaltung grösser. Was uns aber alle verbindet, ist ein gewisser Rechtfertigungsdruck. Ständig müssen wir der Schweiz zeigen, wie integrationswillig und fleissig wir sind.

Wie können feministische, ökologische oder andere Bewegungen die Neue Schweiz unterstützen?

Da bin ich etwas überfragt. Letztlich kämpfen wir ja alle für eine bessere, gerechtere Zukunft, in der alle von Beginn weg die gleichen Chancen haben. Gegenseitige Solidarität ist sicher wichtig, und viele Kämpfe werden ja bereits zusammengeführt. Auch in St. Gallen trifft man oft dieselben Leute, egal ob beim Klimastreik, am Frauentag oder bei einer Demo gegen Ausschaffungen. Wenn man sensibel ist für Themen der Gerechtigkeit, ist man automatisch offener für verwandte Anliegen. Auch ich habe durch mein Engagement bei INES und Ostwind enorm viel Wertvolles gelernt über andere Themen.

Zum Schluss noch eine persönliche Frage: Was gibt es in Portugal, das du sehr schätzt und die Schweiz unbedingt übernehmen müsste?

Ein lustiges Vorurteil, das ich von Migrantinnen und Migranten immer wieder höre, lautet: «Die Schweizer sind so kalt wie das Wetter.» Darum: die Wärme. Wettermässig, aber auch gesellschaftlich und zwischenmenschlich gesehen, könnte die Schweiz mehr davon vertragen.

Tatiana Cardoso, 1995, ist Co-Präsidentin von INES, Mitglied des Kollektivs «Ostwind mit Migrationsvorsprung» und Masterstudentin Soziale Arbeit. Sie lebt in St. Gallen, wird bald eingebürgert und ist leidenschaftliche Folklore-Tänzerin.

INES – Institut Neue Schweiz (Hrsg.): Handbuch Neue Schweiz. Diaphanes-Verlag, Zürich 2021

INES und die Tour de Nouvelle Suisse:
Das Institut Neue Schweiz (INES) ist ein Think & Act
Tank mit Migrationsvordergrund an der Schnittstelle
zwischen Wissensproduktion, öffentlichem Diskurs
und politischem Handeln und wurde im Sommer 2016
gegründet. Es sucht themenübergreifend nach
Allianzen, um sich aus dem Denken in «Wir» und «die
Anderen» zu lösen und gesellschaftspolitische Visionen
zu entwickeln. Dabei geht es nicht nur um Fragen zu
Migration und Rassismus, sondern auch um Wirtschaft,
Konsum, Umwelt, Bildung, Digitalisierung, Arbeitszukunft, Geschlechterverhältnisse etc.

2022 startet INES die «Tour de Nouvelle Suisse», die durch Basel, Bern, Zürich und St.Gallen führt und auch in ländlichen Regionen Halt macht – ein Festival mit Konzerten, Diskussionen, Lesungen und weiteren Events für alle Alterskategorien und Aufenthaltsstatus

St.Galler Buchvernissage Handbuch Neue Schweiz:
14. Dezember, 19:30 Uhr, Raum für Literatur,
Hauptpost St.Gallen. Mit: Chompel Balok, Katharina
Morawek, Fatima Moumouni, Shirana Shahbazi
und Leni Thilagarajah.

institutneueschweiz.ch aktionvierviertel.ch

DAS HANDBUCH NEUE SCHWEIZ

«Wir haben hier noch kein menschliches Schicksal, das müssen wir uns erst noch erarbeiten.» Melinda Nadj Abonji schreibt diesen Satz in ihrem Roman *Tauben fliegen auf*, für den sie 2010 den Deutschen und den Schweizer Buchpreis erhielt. Er steht gross und fett auf Seite 267 im *Handbuch Neue Schweiz*, das im November erschienen ist.

Für viele Menschen mit Migrationsgeschichte ist das die Realität. Aber was genau heisst «erarbeiten»? Erfolgreich sein? Solvent sein? Unauffällig? Integriert? Möglichst angepasst? Und falls ja, an wen oder was soll man sich anpassen? Gibt es eine eidgenössische Normskala oder reicht es, wenn man das Altglas nur während der Öffnungszeiten entsorgt, eine Eckbank besitzt und die Namen aller Schweizer Tennisspieler:innen seit anno Jugitag aufzählen kann?

Vermutlich nicht. Die Hürden sind höher, denn die «Alte Schweiz» pflegt vielfach immer noch ein recht eigenwilliges Bild von sich, provinziell und selbstvergessen. Und ignoriert mit der Ausdauer eines Ovi-Trinkers, wie sehr dieses Land geprägt ist von Migration, verschiedensten Kulturen und Menschen mit Mehrfachidentitäten.

Von dieser Prämisse gehen die Redaktor:innen des *Handbuchs Neue Schweiz* aus. «Es ist klar, dass wir mit diesem Buch in eine Gesellschaft intervenieren, die längst eine postmigrantische und postkoloniale ist, dies aber viel zu wenig anerkennt», schreiben sie im Vorwort. «Diese Gesellschaft ist sich des Erbes von Migration und Kolonialismus wenig bewusst und setzt daher politisch, juristisch, institutionell und kulturell weiterhin auf die Unterscheidung von «Wir» und den «Anderen», und allzu oft auf die Ausgrenzung dieser «Anderen».»

Sie nennen ihr Buch «bewusst und mit einem Augenzwinkern» Handbuch. Es sei jedoch kein Handbuch im Sinne einer fachlichen Anleitung, denn es halte keine Lösungen und Massnahmen bereit. «Das Buch versammelt stattdessen Strategien von Menschen, die gelernt haben, ihre Geschichten, ihr Wissen, ihre Analysen, ihre Wirklichkeiten und Visionen zum Ausdruck zu bringen – allen Widrigkeiten zum Trotz.»

Fast 400 Seiten umfasst der beachtliche Perspektivenfundus, den die Redaktion – bestehend aus Mirjam Fischer, Anisha Imhasly, Rohit Jain, Manuel Krebs, Tarek Naguib und Shirana Shahbazi – zusammengetragen hat. Darunter sind kurze und lange Stücke; Essays und Analysen, Reden und Stellungnahmen, Gedanken und Gedichte, auch ein Offener Brief. Ergänzt und aufgelockert wurde das Buch mit teils sehr gelungenen Bildstrecken, unter anderem von Jiajia Zhang, Anne Morgenstern, Nicolas Faure und Guadalupe Ruiz.

Viel Platz wird den Analysen gelassen, darunter ein paar grosse Brocken: Kijan Espahangizi recherchiert «das vergessene Erbe der Mitenand-Bewegung», Bafta Sarbo schreibt über «Schwarze Bewegung und antirassistische Allianzen in Deutschland und Europa», Rahel El-Maawi, Rohit Jain, Tarek Naguib und Franziska Schutzbach reden über «Antirassismus in the making», und Izabel Barros und André Nicacio Lima liefern einen kritischen Beitrag zum Schweizer Kolonialismus. Die Liste ist noch länger.

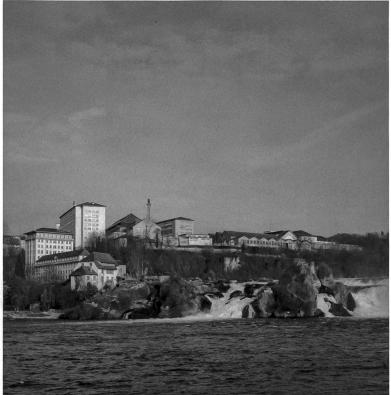
Daneben gibt es ein Mittelformat, die sogenannten Stories. Zu dieser Rubrik haben unter anderem Irena Brežná, Renato Kaiser, Fatima Moumouni, das Schwarzfeministische Kollektiv, Bla*Sh, Shpresa Jashari oder das Roma Jam Session art Kollektiv und Pascal Claude beigetragen. Da gibt es einiges zu entdecken, von Romafuturismus über den Doppeladler auf dem Fussballfeld und Haut, die so weiss ist wie ein iPhone-Kabel, bis zu Rassismus am Frauen*streik oder an der Fasnacht.

Es finden sich auch ganz kurze Stücke und Bruchstücke im Buch, manchmal nur einzelne, aber nicht minder gewaltige Sätze, zum Beispiel dieser hier von Dragica Rajčić Holzner: «In der Sorge, dass es schlimmer wird, verschlimmern sie uns morgen. Wir stimmen zu. Ohne stimmen. Warten auf bessere Zeiten. Haben Recht auf Unrecht, durch das Ausländer-Recht.» Oder dieser Haken von Rapper Nativ aus *Noir*: «Yeah, haha, du fragsch würk, warum das ih mi immer schwärzer ha gfüut aus wiiss? Ds isch ganz eifach: Wege öich.»

Das Buch war ein Grossprojekt mit vielen Beteiligten – ein Lupf. Viel Wissen, wertvolle Strategien und Erfahrungen sind darin versammelt, und nebst den nötigen kritischen Einwürfen auch eine gute Dosis Selbstbewusstsein und Humor. Zutaten, die auch der gesellschaftlichen Debatte um das Selbstbild der Neuen Schweiz guttäten, ebenfalls ein Grossprojekt mit vielen Beteiligten. Auch da braucht es noch einen Lupf. Und Anschlusspotenzial für möglichst viele – von dem das Buch einiges bietet. (co)

«DIE KLIMAFREUNDLICHSTE ARMEE IST KEINE ARMEE»

Die globale Militär- und Rüstungsindustrie gehört zu den Haupttreiberinnen der Klimakrise. Was die Auswirkungen davon sind, warum das Militär eine Spezialstellung hat, ob es bald «grüne» Panzer gibt und was Frontex mit all dem zu tun hat, erklären die Aktivist:innen Nadia Kuhn und Jonas Kampus im Interview. Interview: Corinne Riedener, Bilder: Claude Bühler



SIG Sauer AG, Neuhausen am Rheinfall (Bilder: Claude Bühler)

Saiten: Bei Kriegsmaterial denkt man zuerst an Panzer oder Maschinengewehre, doch es gehört noch viel mehr dazu. Was fällt in der Schweiz alles unter die Rüstungsgüter?

> Nadia Kuhn: Es gibt verschiedene Kategorien. Zu den klassischen Rüstungsgütern, die unter die Kriegsmaterialverordnung fallen, gehören zum Beispiel Panzer, Munition, Reizgase oder bestimmte Software. Aufgeführt sind sie auf der international anerkannten Wassenaar-Liste. Die Schweiz wollte sich aber nicht damit zufriedengeben und hat die Kategorie der «besonderen militärischen Güter» geschaffen, um den Export zu vereinfachen. Dazu gehören Güter, die normalerweise nicht bei Kampfhandlungen eingesetzt werden, aber leicht umbzw. aufgerüstet werden können. Pilatus exportiert zum Beispiel Flugzeuge, die in Saudi-Arabien als Trainingsflugzeuge gelten, aber auch im Jemen-Konflikt eingesetzt werden. Die dritte Kategorie sind die sogenannten Dual-Use-Güter, also Güter, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke eingesetzt werden. Zum Beispiel Überwachungssoftware oder gewisse Chemikalien.

Konkrete Zahlen und Exportstatistiken zur globalen Rüstungsindustrie sind schwer zu finden.

> NK: Ja, weil international sehr unterschiedliche Daten erhoben und herausgegeben werden. Jedes Land verfährt anders. In der Schweiz gibt es seit einigen Jahrzehnten eine Exportstatistik, diese lässt zumindest einige Rückschlüsse zu, wie viel Geld in Rüstungsmaterial fliesst. Auch NGOs oder Forschungseinrichtungen versuchen immer wieder Zahlen zu erheben, aber die Unsicherheitsfaktoren sind gross. Noch viel unklarer ist aber die ganze Finanzierung: Wer investiert überhaupt in Rüstungsunternehmen und warum? Es gibt ein grosses Interesse daran, diese Zahlen möglichst nicht öffentlich zu machen.

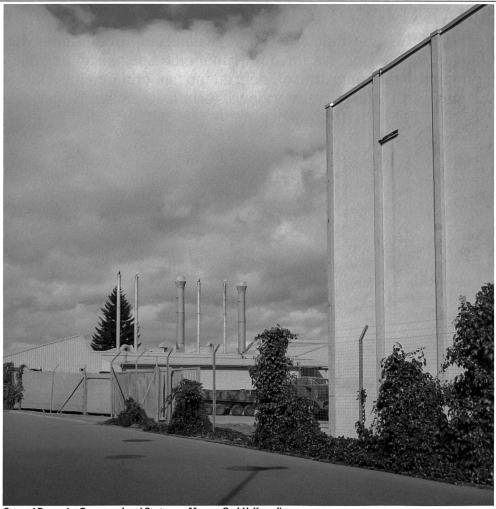
Es gibt diesen populären Vergleich: Das Pentagon verbraucht pro Jahr so viel CO₂ wie Schweden. Kann man beziffern, wie viel Emissionen die Kriegsindustrie in Europa oder der Schweiz ausstossen?

> Jonas Kampus: Das ist sehr schwer zu sagen. Im Kyoto-Protokoll von 1997 waren militärische Emissio

nen noch explizit ausgenommen, obwohl besonders die Industrienationen, die auch den grössten Militärkomplex haben, in die Pflicht genommen wurden. Im Klimaabkommen von Paris sind die militärischen Emissionen zwar eingeschlossen, aber sie müssen nicht explizit benannt werden. Auf gut Deutsch hat man also keine Ahnung, die Datenlage ist miserabel. Klar ist aber, dass die weltweiten Rüstungsausgaben steigen – und somit auch die Emissionen.

Eine Vergleichsgrösse à la Fussballfelder würde helfen, sich eine Vorstellung zu machen.

JK: NGOs schätzen den militärischen CO₂-Ausstoss in Grossbritannien auf 11 Millionen Tonnen pro Jahr, das Verteidigungsdepartement spricht aber lediglich von 3 Millionen. In der Schweiz ist offiziell von 1,5 Prozent des Gesamt-CO₂-Ausstosses die Rede, diese Zahl halten Fachleute aber für zu niedrig.



General Dynamics European Land Systems – Mowag GmbH, Kreuzlingen

NK: Anhand der Kampfjets kann man es sich vielleicht besser vorstellen: Die alten FA-18 beispielsweise stossen in einer Stunde 12 Tonnen CO₂ aus. Damit könnte ein Auto zweieinhalb Mal um den Globus fahren. Die neuen Kampfjets, die eine grössere Motorenleistung haben, stossen noch massiv mehr aus.

JK: Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) will ja laut eigenen Angaben bis 2050 klimaneutral sein und seine Emissionen bis 2030 um 40 Prozent senken. Ich frage mich, auf welcher Basis diese Zahlen erhoben wurden. Sie scheinen mir doch recht willkürlich.

Welche Kriegsgeräte sind denn die grössten Emissionstreiber?

JK: Auch das ist schwer zu sagen, weil ja neben den direkten Kampfhandlungen auch die Produktion und die Instandhaltung eine Rolle spielen. Einen grossen Teil macht sicher die ganze militärische Infrastruktur und deren Versorgung aus. Ein Leopard-Panzer verbraucht ungefähr 400 Liter pro Stunde, doch er muss auch gebaut, unterhalten und transportiert werden. Auch Essen und Material müssen transportiert und gelagert werden.

NK: Jeder einzelne Teil des Militärs verursacht massive Emissionen. Doch dieses System verursacht noch ganz andere Probleme, unter anderem den enormen Land- und Wasserverbrauch, Munitionsrückstände oder die Versiegelung gewisser Böden, die man für Truppenübungen braucht.

Ganz zu schweigen von den Auswirkungen unmittelbarer Kriegshandlungen auf Flora und Fauna.

> JK: In russischen Wäldern gibt es bis heute noch aktive Minen aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Böden sind über Generationen hinweg kontaminiert. Im Vietnamkrieg wurden ganze Landstriche mit Napalm unbewohnbar gemacht. Die Dattelbäume im Irak wachsen nicht mehr nach. Es gibt unzählige Beispiele, ja. Kommt hinzu, dass

man auch die Natur selber zur Kriegsführung einsetzt, indem man beispielsweise Ernten zerstört. Oder aktuell in der Türkei und in der Sahelzone, wo Wasserwege abgeschnitten werden.

Krieg und Klima gehören zu den Hauptfluchtursachen. Die Verteilkämpfe nehmen zu und damit auch die bewaffneten Konflikte, was wiederum die Rüstungsindustrie ankurbelt. Aktuell wird Frontex massiv ausgerüstet. Dieser Kreislauf um Angst, Sicherheit und Geld ist eine Selbsterhaltungsmaschinerie. Wie seht ihr die Rolle von Frontex?

JK: Frontex spielt eine essenzielle Rolle in der Festung Europa und wird diese in Zukunft noch ausbauen. Bereits jetzt hält die sogenannte Grenzschutzagentur Klimaflüchtlinge davon ab, nach Europa zu kommen. Fachleute sind sich einig, dass der Syrienkonflikt unter anderem auch durch eine langanhaltende Dürre eskaliert ist. Und die Klimakrise wird noch viel massivere Migrationsbewe-

gungen auslösen. Darum beschäftigt sich nicht nur Frontex mit dem Thema. Auch das US-Militär oder private Rüstungsanbieter wie Palantir simulieren bereits heute Klimamigrationsströme und bereiten sich vor.

Zusammengefasst: Die Klimakrise ist eine Goldgrube für die Rüstungsindustrie.

NK: So könnte man sagen. Einerseits haben wir die Klimakrise, die Kriege und Fluchtbewegungen massiv fördert, andererseits haben wir die Rüstungsindustrie, die diese Entwicklungen durch ihre Emissionen befeuert. Wenn es mehr Kriege und Konflikte gibt, lautet die Antwort immer: mehr Aufrüstung. Es ist ein Teufelskreis.

Ein Teufelskreis, der unglaubliche Geldsummen bindet, die besser in den Kampf gegen die Klimakrise investiert wären.

NK: Das würde tatsächlich grosse Handlungsspielräume eröffnen! 2019 wurden weltweit 1,9 Billionen Dollar in die Rüstung investiert. Wissenschaftler:innen haben ausgerechnet, dass die Bekämpfung der Klimakrise 1,4 Billionen kosten würde.

JK: Entsprechende Forderungen werden auch immer lauter. An der Klimakonferenz kürzlich in Glasgow gab es mehrere Aktionen von Klimaaktivist:innen, die mehr Geld fürs Klima statt fürs Militär gefordert haben. Eine Forderung, die auch in Bezug auf die Schweiz gilt: Mit den über 25 Milliarden, die die neuen Kampfjets kosten sollen, würde man besser Solarpanels installieren.

Das Militär ist eng mit der fossilen Wirtschaft verbandelt. Wenn die Rohstoffe ausgehen, fliegen auch keine Kampfjets mehr, verkürzt gesagt. Wird die Rüstungsindustrie demnächst «grün»?

NK: Die F-35-Kampfjets werben ja explizit damit, dass sie auch mit Biotreibstoff fliegen. Das ist allerdings weniger Greenwashing, sondern militärische Selbsterhaltungslogik. Dazu muss man auch sagen, dass Biotreibstoffe ebenfalls enorm schädlich sind, gerade was die Landnutzung angeht. Angesichts des hohen Verbrauchs dieser Kampfjets müsste man wahnsinnig viel Nahrungsmittel extra für die Treibstoffgewinnung anbauen. Das ist unsinnig.

JK: Der Nato-Generalsekretär träumt ja von einem Solarpanzer, obwohl ich das im Moment noch für unrealistisch halte. Ich gehe mit Nadia einig, dass solche Überlegungen aus militärstrategischer Sicht durchaus sinnvoll sind, da man sich mit erneuerbaren Energien unabhängiger von den fossilen Versorgungsketten machen würde. Das würde auch die Kriegsführung verändern. Man wäre nicht mehr darauf angewiesen, riesige Mengen an Treibstoff mitzuführen. Aber wie gesagt, das ist Zukunftsmusik. Der Grossteil der Militärindustrie macht sich noch wenig Gedanken über «grüne» Kriegsführung – obwohl sie eine der Haupttreiberinnen der Klimakrise und der Inbegriff von neokolonialer, patriarchaler Ausbeutung ist. Allein der Irakkrieg hat, so die Schätzung, 115 Millionen Tonnen CO2 ausgestossen.

Es gibt auch Stimmen, die sagen, dass die Zukunft der Kriegsführung gar nicht mehr im Bodenkampf liegt.

NK: Cyber-Kriegsführung wird sicher an Bedeutung gewinnen, aber es wird keine komplette Verlagerung geben. Ab einer gewissen Eskalationsstufe bleibt die Kriegsführung physisch.

Klimadebatten nehmen in den letzten Jahren viel Raum ein. Teile der Zivilgesellschaft und der Politik sind bemüht, an jedem noch so kleinen Schräubchen zu drehen, um die Emissionen zu senken, doch die grossen Brocken fasst man ungern an. Warum werden die Auswirkungen von Krieg und Aufrüstung auf das Klima öffentlich nicht gezielter thematisiert?

NK: Unter anderem, weil das Militär grundsätzlich eine spezielle Rolle im Staat hat. Es gibt kaum einen Bereich, in dem die Bürgerlichen so gern Geld ausgeben, ohne gross zu hinterfragen – obwohl sich die Militärindustrie von Skandal zu Skandal hangelt. Die Armee wird als Bewahrerin der Freiheit und Unabhängigkeit mystifiziert. Das macht es schwer, sie zu kritisieren, geschweige denn abzuschaffen.

JK: Historisch gesehen hat das Militär selten ein Land verteidigt, sondern war immer ein Mittel der herrschenden Klasse gegen aufbegehrende Landsleute, auch in der Schweiz. Und so wird es auch in Zukunft sein. Der «Tages-Anzeiger» fragte kürzlich, was zu tun ist, wenn die Klimaaktivist:innen mit ihren Aktionen noch einen Schritt weiter gehen. Im Ständerat war schon die Rede von «gewaltfreiem Terrorismus», und es

gibt Armeeangehörige, die sich laut Gedanken machen, wie man mit dem «Ökoterrorismus» künftig umgehen will.

Ist auf parlamentarischem Weg überhaupt noch was zu machen?

JK: Man kann versuchen, die Militärausgaben zu kürzen, aber das ist Pflästerlipolitik. Die klimafreundlichste Armee ist immer noch keine Armee. Denn das grösste Problem sind nicht die direkten Emissionen, sondern das, was der globale militärisch-industrielle Komplex mit sich bringt: die systematische Ausbeutung von Ressourcen und die Erhaltung der bestehenden Ordnung.



Nadia Kuhn, 1997, war zwei Jahre Sekretärin der Gesellschaft Schweiz ohne Armee (GSoA) und studiert seit Sommer 2021 Umwelt- und Naturwissenschaften an der ETH.



Jonas Kampus, 2001, ist im Klimastreik aktiv und seit Dezember 2020 Teil des GSoA-Sekretariats. Er studiert Volkswirtschaftslehre und Physik an der Uni Zürich.

In der fotografischen Arbeit it's not science fiction macht die Künstlerin Claude Bühler eine Topologie der deutschen und schweizerischen Waffenproduktion sichtbar, ergänzt um eine Hintergrundrecherche. Die Bilder aus Schaffhausen und Neuhausen am Rheinfall sind im Rahmen dieser Arbeit entstanden. claudiabuehler.ch

Mehr zum Thema:

OAT St.Gallen: Ristungsplatz Ostschweiz – Regionale Akteur*innen und ihre Rolle in bewaffneten Konflikten. Selbstverlag, St.Gallen 2021. Bestellen: oat-sq@riseup.net

Perspektiven

Waffenfabrikation und schwere Menschenrechtsverletzungen – Fachreferat von Stephan Moehrle: 10. Dezember, 19:30 Uhr, Frauenarchiv St.Gallen frauenarchivostschweiz.ch





Kunstraum Kreuzlingen

Thurgauische Kunstgesellschaft

Ausstellungen vom 4. Dezember 2021 - 6. Februar 2022

Kunstraum

Rhona Mühlebach Adolf Dietrich Förderpreis 2021

Tiefparterre

Holly McLean Videoinstallation

Alle Veranstaltungen werden den Massnahmen entsprechend auf unserer Website und per Newsletter publiziert.

Weitere Veranstaltungen: www.kunstraum-kreuzlingen.ch Kunstraum Kreuzlingen, Bodanstrasse 7a Fr 15-20 Uhr, Sa und So 13-17 Uhr



5 Jürg Frey, Stillstand und Bewegung 12 12 2021

Mit dem Quatuor Bozzini und dem Konus Quartett zur Musik des noch kleineren Übergangs Sonntag 12. Dezember 2021. Kunst Halle St. Gallen, 17 Uhr

Programm Jürg Frey (*1953) Stillstand und Bewegung für Saxophonquartett und Streichquartett (2021)

Quatuor Bozzini

Clemens Merkel → Violine Alissa Cheung → Violine Stéphanie Bozzini → Viola Isabelle Bozzini → Violoncello

Konus Quartett

Fabio Oehrli → Sopransaxophon Jonas Tschanz → Altsaxophon Christian Kobi → Tenorsaxophon Stefan Rolli -> Baritonsaxophon

contrapunkt. new art music.
Postfach 403, CH-9001 St. Gallen
contrapunkt-egch
@@contrapunkt.newartmusic
contrapunkt. new art music. wird unterstützt durch:

www.wyborada.ch LEVIN WESTERMANN bezüglich der schatten (Lyrik) DANA GRIGORCEA Die nicht sterben (Roman) **WYBO GOES WIKI** mit Who writes his_tory Literaturhaus Wyborada St. Gallen | Davidstrasse 42 9000 St. Gallen | literaturhaus@wyborada.ch | 071 222 65 15

Kein Vorverkauf. Abendkasse 30 Minuten vor Konzertbeginn.